

**SPD Mülheim an der Ruhr  
Jubilarehrung 2006  
Rede Vorsitzender**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
meine lieben Jubilare,

vor wenigen Wochen wurde gemeldet, dass die internationalen Top-25-Manager von so genannten Hedgefonds im Jahr 2005 im Schnitt 363 Millionen Dollar pro Kopf verdient haben – eine für normale Menschen unvorstellbare Zahl. Das ist der letzte Lotto-Superjackpot mal 10.

Gleichzeitig häufen sich Entlassungen bei gesunden Unternehmen. Die Aktien von Daimler-Chrysler erleben einen Höhenflug, weil gemeldet werden kann, dass die Entlassungswelle das Unternehmen viel weniger gekostet hat, als erwartet. Die Mitarbeiter der ehemaligen Handysparte von Siemens in Bocholt, Kamp-Lintfort und München hat man im wahrsten Sinne des Wortes verraten und verkauft. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Quelle unseres Erfolgs.“ So heißt es im Leitbild der Siemens AG. Angesichts des BenQ-Deals und dem Kahlschlag mit Ansage ist das reiner Zynismus.

Allgemein gilt: Millionen von Arbeitnehmern müssen sich mit Lohnsteigerungen begnügen, die kaum die Teuerungsrate ausgleichen. Nach OECD-Maßstab liegt ein Fünftel der Arbeitslöhne in Deutschland unterhalb der Niedriglohnschwelle. Man muss also gar keinen Niedriglohnsektor einführen, es gibt ihn bereits.

Darin steckt der Widerspruch, den wir alle tagtäglich erleben: Die Wirtschaft in Deutschland feiert wieder Erfolge, aber eine große Zahl von Menschen bleibt davon ausgeschlossen. „Jeder ist seines Glückes Schmied“, so lautet ein allseits bekanntes deutsches Sprichwort. Heute wird es vielfach verwendet, um auf die Eigenverantwortung des Einzelnen hinzuweisen.

Eigenverantwortung ist eines der häufig verwendeten Schlagwörter in der aktuellen deutschen Reformdiskussion. Es bedeutet die Verpflichtung des Einzelnen, sein Leben selbst zu bestimmen und für die Folgen seines Handelns einzustehen. Der fürsorgliche Staat hat - so meinen einige - die Bürger träge werden lassen, mehr Eigenverantwortung - versprechen die Befürworter - würde Deutschland aus der Krise helfen. Stimmt das? Müssen wir nicht feststellen, dass ein nicht unerheblicher Teil unserer Gesellschaft gar keinen Zutritt mehr zur Schmiede hat?

Als ihr, liebe Jubilare, vor 40, 50 gar 60 Jahren zu unserer Partei kamt, waren das andere Zeiten. Man darf nichts verklären, doch zumindest die 50er und auf jeden Fall die 60er haben das Jahr 1955 bewusst erlebt.

Das Jahr 1955 wurde zum wirtschaftlich erfolgreichsten Jahr der deutschen Geschichte. Die Wirtschaft wuchs real um 10,5 Prozent, die Reallöhne stiegen ebenfalls um 10 Prozent, der Kfz-Bestand vergrößerte sich in diesem einen Jahr um 19 Prozent. Noch 1948 tuckerten Automobile mit Holzvergaser über die leeren

Autobahnen, jetzt bildeten sich in der Urlaubszeit die ersten Staus. Der bis dahin nur vereinzelt verwendete Begriff "Wirtschaftswunder" wurde 1955 zum geflügelten Wort.

Der euch allen sicher noch bekannte deutsche Schlagerstar Bully Buhlan hatte noch unmittelbar nach dem Krieg einen Hit mit dem Lied „Ich hab´so Sehnsucht nach Würstchen und Salat“. Ab 1955 sang man das Lied des Wirtschaftswunders.

Man konnte sich was leisten, wenngleich alles im bescheidenen Rahmen blieb. Man für Auto. Einige den legendären Lloyd LP 300, auch Leukoblastbomber genannt. Es kursierte der Spruch: „Wer den Tod nicht scheut, fährt Lloyd.“ Andere nannten einen Zündapp Janus ihr eigen. Der hatte sagenhafte 14 PS und sah von vorn genauso aus wie von hinten, weshalb der Name Janus überaus treffend war.

Aus dem Autoverkehr war was rauszuholen. Duisburg war 1954 die erste Stadt, die das begriff und Parkuhren installierte, damals noch Parkographen genannt.

Leistung lohnte sich – für alle. Wer ordentlich reinhaute, hatte was davon. Es herrschte ab 1955 nahezu Vollbeschäftigung. Die Sozialwissenschaft sprach von der kommenden und sich anbahnenden nivellierten Mittelschichtsgesellschaft. Was bedeutet, das Oben und Unten nicht mehr entscheiden waren. In der Mitte konnte man zum Beispiel gemeinsam vom Land, in dem die Zitronen blühen, träumen. 4,6 Mio. Deutsche fuhren 1956 gen Italien. Lys Assia landete einen Riesenhit mit „Arriverderci Roma“, die Capri-Fischer erlebten ein Remake. Der Blick war in die weiter Ferne gerichtet. Lolita, wie Freddy Quinn aus Österreich, besang den „weißen Mond von Maratonga“ – kein Mensch weiß, wo das liegt, bis heute. Doch irgendwie dachte man, man werde sich auch dieses sagenhafte, südseeverzauberte Maratonga irgendwann einmal leisten können.

Kurz: Es ging aufwärts. Die Stimmung war gut. Was nicht bedeutet, dass alles in Ordnung war. Es gab keine innerbetriebliche Mitbestimmung, keine Sozialhilfe, kein Kindergeld. Doch man konnte von einem Gehalt leben und vor allem: Es gab Arbeit für alle.

Und heute: 61% der Menschen im Lande sind der Auffassung, es gäbe keine soziale Mitte mehr, nur noch ein Oben und ein Unten. Die Wirtschaft brummt wieder. Große Firmen weisen Rekordgewinne aus. Zwar gehen die Arbeitslosenzahlen auch zurück, doch erstens sind es noch immer 4 Mio. und zweitens sinkt die Zahl der Langzeitarbeitslosen nicht entscheidend.

44% fühlen sich vom Staat alleingelassen, 39% haben Angst, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. 63% machen die gesellschaftlichen Veränderungen schlicht Angst.

**Das** Thema der Zeit ist soziale Gerechtigkeit. 83% halten es für ein wichtiges oder gar sehr wichtiges Thema.

Ein Blick auf die soziale Lage unseres Landes zeigt ein gebrochenes Bild. Zum Glück gibt es gute Nachrichten bei Wachstum und Arbeitsmarkt, aber die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Entwicklung wird größer. Sie wächst materiell und kulturell, sowohl was die Chancen angeht, als auch im gegenseitigen Unverständnis. Alltagsfremde Managersprache weckt bei Langzeitarbeitslosen ohnmächtige Wut

gegen "die da oben". Und der Ärger verunsicherter Belegschaften wird nicht nur von rechten und linken Populisten instrumentalisiert. In Chefetagen, die nur auf Marktgesetze eingeschworen sind, führt er höchstens noch zu einem achtlosen Schulterzucken.

So geht das nicht weiter. Das ist meine feste Überzeugung. Die Demokratie leidet. 51% der Menschen sind skeptisch, ob die Demokratie die beste Regierungsform ist. Das ist alarmierend.

Diese Gesellschaft trägt seit den Jahren des Wirtschaftswunders ein Versprechen in sich. Das Versprechen, dass Leistung sich lohnen möge, sich auszahlt. Nicht jeder kann Millionär werden, nicht jeder großer Wissenschaftler – das wissen alle, das akzeptieren alle. Es geht nicht um Gleichheit im Ergebnis, sondern um Chancengerechtigkeit. Und die ist heute nicht mehr gegeben.

Wer in sozial schwachen Verhältnissen aufwächst, hat eine 6 mal geringere Chance ein Gymnasium zu besuchen. Er bleibt auf der Hauptschule und ist mit diesem Abschluss einem 10mal höheren Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt, als der Abiturient. Kommt ein Migrationshintergrund hinzu, verschärft sich die Ungleichheit um ein Vielfaches. Bedenkt man, dass in 20 – 25 Jahren 40% und mehr der Menschen in unserer Stadt diejenigen sein werden, die heute im Schul- und Ausbildungssystem scheitern, kann man sich ausmalen, auf was für soziale Katastrophen wir zusteuern.

Man spricht heute von Unterschicht, von den Abgehängten, von denen, die keine Chance haben, auf Teilhabe an unserer Gesellschaft, von denen, die hochgradig frustriert, teilweise auch aggressiv als Underdogs leben. 8% sollen das bundesweit sein. Morgen werden es, wenn wir nicht gegensteuern, 20 – 30 % sein. Das hält unsere Demokratie nicht aus.

Das neue Wachstum und die neue Dynamik auf dem Arbeitsmarkt überwinden die Spaltung der Gesellschaft noch nicht. Es gibt drei Hauptgruppen: Erstens die Gesicherten und Chancenreichen in stabiler Beschäftigung bis hin zu den Spitzenverdienern. Zweitens die Menschen, die in Unsicherheit leben, die nur befristet und schlecht bezahlt Anstellung finden; junge Leute, die sich – vor allem auch in den neuen kreativen Berufen – von einem "Projekt" zum nächsten hangeln und deshalb auch lange zögern, Kinder zu bekommen; Ältere, die nach langjähriger Arbeit für ihren Betrieb ihre Stellung verlieren. Drittens die Ausgeschlossenen, die glauben, dass sie keine Chance mehr bekommen. Konfrontiert mit Reformen und Veränderungen, das zeigen uns neue Umfragen, sagen zwei von drei Deutschen, das mache ihnen Angst. Sie empfinden ihr Leben als permanenten Kampf. Viele sind der Meinung, dass in unserer Gesellschaft die Mitte zerbricht. So entsteht der Eindruck eines gespaltenen Landes, in dem offenbar nur noch ein Drittel vorbehaltlos positiv in die Zukunft blickt. Demnach droht Deutschland in eine dreigeteilte Gesellschaft, eine "Dreidrittelgesellschaft", auseinander zu brechen, in der das Oben und das Unten immer schärfer auseinander treten und gerade auch die Mitte von dauerhafter Verunsicherung betroffen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ist das unabwendbar? Ist das der Preis der Globalisierung, den wir zahlen müssen?

Nein, ich glaube beides nicht.

Leistung ist Grundlage unseres Wohlstands. Er muss – ebenso wie die Fähigkeit zur Solidarität – erarbeitet werden. Leistung ist also eine Voraussetzung der Solidarität. Aber was ist eigentlich die Voraussetzung der Leistung? Leistung muss sich lohnen, durch Anerkennung und Respekt ebenso wie durch gerechten Lohn, durch materielle Sicherheit ebenso wie durch eine Perspektive, die eigene soziale Lage zu verbessern. Personalmanager, die Praktikanten nicht ausbeuten und Älteren eine altersgerechte Arbeit ermöglichen, Unternehmer, die Ausbildungsplätze und familiengerechte Arbeitsplätze schaffen, Finanzinvestoren, die auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen sind hier vorbildlich. Darüber hinaus brauchen wir den politischen Willen und einen handlungsfähigen Staat, um Leistungsprinzip und solidarischen Zusammenhalt zu verwirklichen.

Leistung muss sich lohnen! Wer sind die Leistungsträger? Das sind nicht die Yuppie-Broker auf dem Parkett der Frankfurter Börse oder die Rolex tragenden Jungmanager á la Siemens-Chef Klaus Kleinfeld.

Nein, für mich sind Leistungsträger: der Schweißer bei Mannesmann, die Kassiererin im Supermarkt, die Krankenschwester, der Streifenpolizist, der Angestellte bei der Allianz, der immer seinen Job gemacht hat und jetzt der Gewinnmaximierung weichen muss, der LKW-Fahrer der Tag und Nacht dafür sorgt, dass unsere Supermarktregale gut gefüllt sind – die Kette ließe sich fortsetzen. Ihr habt verstanden, was ich meine: Wir sind die Leistungsträger.

Anrede

Leistung und Solidarität sind gleichwertige Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Leistungsblinde Finanzmärkte bedürfen der Regulierung. Eine Teilhabe der Arbeitnehmer am Haben und Sagen muss ermöglicht sein. Dazu zählt die Erkenntnis, dass nicht billiger Lohn und schneller Profit, sondern die langfristige Entwicklung guter Produkte und das anständige Einkommen der Arbeitnehmer zu wirtschaftlicher Stärke führen.

Kapital muss steuerpflichtig bleiben, um Arbeit nicht zu diskriminieren. Erbschaften müssen angemessen besteuert werden, um gleiche Startchancen zu ermöglichen. Wir brauchen eine nationale Anstrengung für erstklassige öffentliche Kindergärten und Schulen. Nur wenn jedes Kind unabhängig von der Herkunft bestmögliche Bildung bekommt, erhält Leistungsbereitschaft eine Chance, führt Talent zum Erfolg.

Angesichts der enormen wirtschaftlichen Dynamik entstehen neue Unsicherheiten in der Arbeitswelt. Die Anforderungen im Beruf werden sich in Zukunft oft stark verändern, erworbene Qualifikationen werden an Wert verlieren. Dem kann verlässliche und vorausschauende Weiterbildung entgegen wirken, die eine größere Beschäftigungsfähigkeit und eine Verstetigung der Leistungsfähigkeit bis ins Alter ermöglicht.

Das sind Elemente eines vorsorgenden Sozialstaates, der am Leistungsprinzip orientiert ist und der sozialen Zusammenhalt stiften kann. Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen hat den Sinn für soziale Gerechtigkeit nicht verloren. Aus

der Mitte unserer Gesellschaft wächst der Wille zur sozial gerechten Leistungsgesellschaft.

Diesen Konsens greift die SPD auf und stellt sich den Fragen nach der Durchlässigkeit der Gesellschaft, nach der Wirksamkeit des Leistungsprinzips und nach einer sozialstaatlichen Ordnung, die auch zukünftig Sicherheit, Gerechtigkeit und sozialen Frieden bieten kann.

Für diesen sozialen Frieden arbeiten wir. Habt ihr gearbeitet: 60 Jahre, 50 Jahre, 40 Jahre. Damit seid ihr Beispiel für uns jüngere. Wir werden nicht nachlassen. Wir haben die Verantwortung. Auf uns bauen alle, die Zweifel haben, die Hoffnung verloren haben. Auf uns Sozialdemokraten setzen alle, denen Gerechtigkeit nicht bloßes Wortgeklingel ist.

Wir dürfen diese Menschen nicht enttäuschen.  
Wir werden sie nicht enttäuschen.

Glückauf!